

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblam 30 Pf.

Der Wahlausfall der national-liberalen Partei

hat folgenden Wortlaut: Die Neuwahlen zum Landtag stehen bevor. In der verflochtenen Legislaturperiode ist klarer als je zu Tage getreten, welche hohe Bedeutung der Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses inneohnt. Mit ganzer Kraft muß daher die national-liberale Partei in die Wahlbewegung eintreten, zur vollen Durchführung ihres Programms vom 15. September 1888.

Preußens Stellung in Deutschland legt ihm die Pflicht auf, in erster Linie an der Stärkung des Reiches mitzuwirken, die eigene Gesetzgebung und Verwaltung mit dem im Reich verfolgten Zielen in Uebereinstimmung zu bringen.

Das Streben der Reichsgesetzgebung, die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern, ist demgemäß von uns in Preußen unterstützt worden.

Daneben ist es ein Hauptverdienst der Gegenwart, den Mittelstand in Stadt und Land zu pflegen und zu fördern. Nicht das Reich allein, auch der Einzelstaat kann und soll dabei mitwirken.

Manches ist in Preußen nach dieser Richtung in Erfüllung der von uns erhobenen Forderungen während der letzten Jahre geschehen.

Die Gesetzgebung über die direkten Steuern ist in grundlegender Weise umgestaltet. Dabei haben einzelne Punkte nicht unerhebliche Bedeutung nachgewiesen, deren Befestigung unsere Aufgabe bleibt. In ihrer Gesamtheit aber wird die Reform nach völliger Durchführung die schwächeren Schultern entlasten und die Steuerpflicht vollkommen als bisher nach dem Maße der Leistungsfähigkeit verteilen. Besonders wird die ungerechte Vorbelastung der Landwirtschaft und des kleineren Gewerbes beseitigt. Den Gemeinden wird die ihnen naturgemäß zukommenden Einnahmequellen zugänglich gemacht und weitgehende Freiheiten in der Art der Aufbringung ihrer Steuern und Abgaben eingeräumt.

Mit der Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen ist ein weiterer, bedeutsamer Schritt geschehen, um die lebendige Teilnahme des Volkes an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten durchzuführen und zu sichern.

Das Rentengütergesetz bildet den verfassungsrechtlichen Anfang zur Erreichung der großen Ziele einer richtigen inneren Kolonisation, der Vermehrung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, der Kräftigung unseres gesunden Bauernstandes.

Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landtages wird es sein, die Ausführung der im Reich wie in Preußen erlassenen Gesetze in einem wahrhaft volkfreundlichen Sinne aufmerksamer zu überwachen.

Als notwendige Maßnahmen zur Hebung des Volkswohlfühls betrachten wir:

Gestiegene Thätigkeit für die geistliche Entwicklung des Erwerbslebens, unter gleichmäßiger Wahrnehmung der Interessen von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel;

erhöhte Verwendung von staatlichen Mitteln für den gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Unterricht;

Pflege des Genossenschaftswesens; Fortschreiten der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes; Schiffbauern und Regulierung der Flüsse; Herstellung neuer Wasserstraßen und Angabarmachung derselben auch für die Landwirtschaft;

Schaffung eines geeigneten Wasserrechts unter gerechter Abwägung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen nach ihrer Bedeutung.

Erste Vorbedingung aber für eine erprobliche Thätigkeit des Staates ist ein befriedigender Zustand seiner Finanzen. Bisher sind denselben sowohl durch die Zugriffe des Reiches in Gestalt der Materialbeiträge, wie durch die schwachen Erträge der großen Betriebsverwaltungen, besonders der Eisenbahnen, in ihrer ruhigen Weiterentwicklung bedroht, wie der Fehlbetrag der letzten Jahre nur zu sehr beweisen hat. Es bedarf einer Reform der Besteuerung und der Finanzverwaltung im Reich, sowie eines neuen Eisenbahn-Garantiegesetzes, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt vor solchen gefährlichen Einflüssen zu schützen.

Bei Beobachtung weiser Sparamkeit in allen Dienstzweigen der staatlichen Verwaltung müssen auch ohne neue Steuerbelastung die Mittel gefunden werden, um unerlässliche Ausgaben zu erfüllen, wie wir sie in einem Schulunterhaltungs- und Lehrerbeförderungsgesetz, in der weiteren Verbesserung der Beamten, in der Befestigung der dauernd erforderlichen Stellen mit fest angestellten Beamten, namentlich der ansehnlichen Befestigung der Richterstellen, und in der Reform des staatlichen Medizinalwesens erblicken.

Die innere Ordnung der Finanzen und die alte preussische Sparamkeit in der Verwendung staatlicher Mittel ist durch das lange in Aussicht gestellte, aber noch heute rickständige Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Staates (Kontabillitätsgesetz) zu festigen und zu sichern.

Zur gerechteren Verteilung der Steuern, zum Ausgleich bestehender Interessengänge, wie zur Kräftigung der Selbstverwaltung verlangen wir den Erlass der in manchen Provinzen noch notwendigen Wegerhebung, die feste Abgrenzung der staatlichen Polizeigewalt gegenüber den Befugnissen der Gemeindebehörden und die weitere Verbesserung des Armenwesens.

Die Vereinfachung der nötigen Mittel zur Aufhebung der Stolzgebühren und zur Verbesserung der äußersten Lage der Geistlichen hat unsere Zustimmung gefunden.

Aufs Schärfe haben wir den zu Anfang des vorigen Jahres unternommen Versuch, den kirchlichen Einfluß auf die Volksschule zum Nachteil des Staates und der Gemeinden, der Schule selbst und des Lehramts zu erweitern, und damit den konfessionellen Frieden zu gefährden, bekämpft und zurückgewiesen. Der Volksschule, dieser unerschütterlichen Grundlage unserer nationalen Bildung, muß der durch die Verfassung gewährleistete Charakter einer staatlichen Veranstaltung erhalten bleiben; sie darf durch die sogenannte Schulfreiheit, durch Auflösung der staatlichen Aufsicht und Leitung nicht untergraben werden. Die hohe Bedeutung des religiösen Unterrichts erkennen und würdigen wir in vollem Maße, aber nimmermehr soll die Volksschule einseitigen, kirchlich-reaktionären Herrschaftsgelüsten zum Opfer fallen.

Daf jeder Versuch für diesmal gescheitert ist, verdanken wir in erster Linie dem Kaiser;

doch hat auch unser entschlossenes, von den weitesten Kreisen des ganzen deutschen Volkes unterstütztes Auftreten wesentlich dazu beigetragen. Unsere heilige Pflicht bleibt es, ähnlichen Angriffen auf die geistige Freiheit und zeitgemäße Bildung unseres Volkes auch in aller Zukunft unerbittlichen Widerstand entgegen zu setzen.

Die Gefahr solcher Angriffe wird fortbestehen, solange in unseren Parlamenten eine Partei von Einfluß ist, welche den Boden des paritätischen Staates für die römisch-hierarchischen Machtbestrebungen zu erobern trachtet.

Doppelt gefährlich ist diese Partei, weil sie sich in vielgewandter Taktik bald mit den radikal-demokratischen, bald mit den radikal-reaktionären Elementen verbündet, insbesondere auch die das Deutschthum in den östlichen Grenz-Provinzen befeindenden Bestrebungen der Polen jederzeit unterstützt.

Nicht Feindschaft gegen die katholische Kirche oder gegen kirchliches Leben überhaupt hat uns zu unerbittlichen Gegnern des Ultramontanismus gemacht, sondern die feste Ueberzeugung, daß der preussische Staat von unheimlichem Wesen, von politisch radikalen und einseitig kirchlichen Tendenzen frei bleiben muß, wenn anders das Ganze bestehen soll.

Darum mußten wir auch bei dem Wahlergebnis dem ultramontanen Bestreben nach der Herrschaft in zahlreichen Gemeinden Widerstand leisten und die Erfüllung eigener Wünsche gegenüber dem Wahlerfolg auf eine spätere Zeit versetzen, wo die Zusammenfassung des Landtags bessere Aussichten eröffnet.

An den Wählern ist es jetzt, zu entscheiden, welcher Geist im neuen Abgeordnetenhaus herrschen soll. Es gilt, den überwundenen Einfluß extremer Parteirichtungen zu brechen und damit zugleich die unter den bisherigen Verhältnissen fortwährend drohende Gefahr zu beseitigen, daß unser Vaterland durch Nachgiebigkeit gegen Ultramontane, Polen und Rückwärtsritter aller Art schwer geschädigt werde. Es gilt, die sicheren Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und den durch Verfassung und Recht anerkannten Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger gegen alle Umsturz- und Rückwärtsversuche der Sozialdemokraten und Antisemiten zu verteidigen.

Nur wenn eine gemäigte, allen eigenständigen Sonderbestrebungen gegenüber lediglich das Gesamtwohl verfolgende, die freigeitlichen Einrichtungen des Landes gegen radikale Ueberfällung, wie gegen realistische Beschränkung schützende Mehrheit aus den Wahlen hervorgeht, mag die Erreichung dieser Ziele verbürgt erscheinen.

Wohlan! Siebenundzwanzig Jahre hindurch ist unsere Partei die erfolgreiche Vertreterin der gemäßigt-liberalen Richtung gewesen. Die jüngsten Reichstagswahlen haben gezeigt, wie feste und tiefe Wurzeln der nationale und liberale Gedanke allen Anfeindungen zum Trotz im deutschen Volke behauptet hat. Betroßt gehen wir deshalb den Wahlen zum Abgeordnetenhaus entgegen. Zu erst ist die Zeit, als daß einer unserer Gesinnungsgenossen in bequemer Gleichgültigkeit abseits stehen dürfte. Wer sich seiner Pflicht gegen das Vaterland bewußt ist, der setze alle Kraft ein, unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen!

Berlin, den 24. September 1893.
Folgen Unterzeichneten, darunter aus Pommern: Rammann Emil Dittmer-Stettin, Rechtsanwalt Hildebrand-Bittow und Professor Dr. Thünen-Stralsund.

Deutschland.

△ Berlin, 30. September. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ruft heute in einem ansehnlichen inspirierten Artikel den hierher gekommenen Vertretern der russischen Regierung ein Willkommen zu und weist auf die großen Schwierigkeiten hin, welche dem Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages entgegenstehen. Wenn auch die russischen Wünsche Befriedigung wünschenswert, so wird andererseits ein glänzender Erfolg nur durch vollständige gegenseitige Zugeständnisse erzielt werden können, und das zitierte Blatt hat zu den russischen Vertretern das volle Vertrauen, daß es denselben gelingen werde, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden.

In den letzten Tagen haben in Angelegenheit der beiden verhafteten französischen Spione zahlreiche Vermehrungen in Kiel, Wilhelmshafen, Helgoland, Rügen und so stattgefunden. Die Untersuchung erstreckt sich hauptsächlich darauf, ob die beiden Franzosen im Auftrag und mit Unterstützung der französischen Regierung gehandelt haben und ob die Spione heute noch im französischen militärischen Dienste stehen.

Berlin, 30. September. Der „Köln. Ztg.“ wird gemeldet:

„Es sind Zweifel darüber ausgesprochen worden, ob dem Professor Schwenninger der kaiserliche Befehl, stets über das Befinden des Fürsten Bismarck zu berichten, in einer allen Zweifeln ausschließenden Form übermittelt worden sei. Die Sachlage ist in dieser Beziehung jedoch ganz klar, da der bereits vor geraumer Zeit erlassene kaiserliche Befehl in Form einer amtlichen Kabinetts-Ordnung abgefaßt war, die sich an einen Staatsbeamten richtete, als welcher Universitätsprofessor Schwenninger anzusehen ist. Uebrigens hat Schwenninger in früherer Zeit zu wiederholten Malen über das Befinden des Fürsten an den Kaiser in Verfolg jener Kabinetts-Ordnung berichtet.“

Herr Schwenninger scheint eine Verpflichtung seinerseits, über seine private Thätigkeit als Leibarzt des Fürsten Bismarck Berichte an den Kaiser zu senden, nach der obigen Mitteilung nicht anerkannt zu haben.

Seitens der Reichs-Sanitätsbehörde werden, wie das „V. L.“ hört, Versuche mit giftigen Thierleichen vorgenommen, welche in geordneten Stufen derartiger Bestattung finden, wie dies bei menschlichen Leichen üblich ist. Es werden dabei verschiedene Bodenarten, Sand, Lein, Humus, trockener Grund, nasser Grund &c. und die bei den Begräbnissen üblichen Tiefen von 2 Meter gewählt. Wie leicht ersichtlich, handelt es sich darum um zwei Experimente. Einmal soll offenbar festgestellt werden, wie lange die Bakterien, als Aufstiegssträger oder Aufstiegs-erregere, in den eingestragten Thierleichen fortleben. Ferner liegt es nahe, hieran die weitere Untersuchung zu knüpfen, was das Verhalten der schädlichen Bakterien in dem beschriebenen Erdboden ist, wie weit sie sich fortbewegen, wie sich das

Grundwasser mit seinen Strömungen dazu verhält und dergleichen mehr.

Einzelne Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß die geistliche Regelung der Entschädigung unglücklich Verurtheilten in nächster Zeit nicht zu erwarten sei. Dem gegenüber erzählt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß diese Regelung gleichzeitig mit der Einführung der Berufung in Aussicht genommen ist. Der betreffende Entwurf soll sich außer auf diese beiden wichtigen Punkte noch auf zahlreiche andere Aenderungen und Ergänzungen der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes erstrecken. Namentlich soll, was für weitere Kreise von Interesse sein dürfte, ein abgekurztes schleuniges Verfahren gegen aufrechter Zhat betroffene und überführte Hebelhüter eingerichtet werden, welches nach dem Vorbilde des französischen und englischen Rechtes deren sofortige Aburtheilung ermöglicht. Der Entwurf soll im preussischen Justizministerium unter Beteiligung des Reichs-Justizministers ausgearbeitet und einschließlich der dazu gehörigen Organisationspläne bereits in allen Einzelheiten vollendet sein. Die einzige, allerdings sehr wichtige Frage, über welche gegenwärtig noch verhandelt wird, dürfte die sein, ob die Entscheidung über die Berufung der Ober-Landesgerichte oder den Landesgerichten zu übertragen ist.

Wie die „Kreuzztg.“ meldet, soll demnächst eine Konfessionsabteilung Berlin hergestellt werden, da vor dem vollen Abschluß der Einverleibung der fraglichen Vororte in die Hauptstadt die Frage der Errichtung eines besonderen Konfessionsrats Berlin nicht in Beratung gezogen werden kann. Die Errichtung einer Berliner Konfessionsabteilung wird nun im neuen Staatshaushalt derart zum Ausdruck kommen, daß seitens des Kultusministeriums die nötigen Mittel verlangt werden. Seitens des Oberkirchenraths wird dem Vernehmen des genannten Blattes zufolge vorgeschlagen, die Abtheilung aus drei Mitgliedern bestehen zu lassen. Der Vorsitzende soll den Titel Oberkonfessionsrat erhalten. Möglicherweise wird der General-Superintendent von Berlin den Vorsitz erhalten.

Von der Nordsee wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

„Alle hiesigen Seehandels- und Seeschiffahrts-freie bleiben eilig in ihrer ablehnenden Haltung gegen den Gedanken einer Staatsaufsicht über den Schiffsbau. In keinem der sachmännischen Vereine ist auch nur eine Stimme zu dessen Gunsten abgegeben. Die Regierungen der Danzabüste und Oldenburgs werden sich ohne allen Zweifel im Bundesrath dagegen erklären. Zur literarischen Vertretung des von einigen Geheimräthen und ehemaligen Marineoffizieren ausgehenden Planes ist kein Versuch unternommen. Dagegen haben die Vertreter der Seeschiffahrt gegen diese Einmischung des Staats sogleich erklärt, daß die deutsche Schiffsahrt in Bezug auf Verluste mindestens ebenso gut dastehe, wie die anderer Länder. Eine Veröffentlichung des Hamburger Klassifikationsinstituts „Bureau Veritas“ hat dieser Erklärung die statische Unterlage gegeben. Sie hat die Totalverluste und Havarien der Dampferflotten der ganzen Welt, sowie der deutschen, englischen und französischen zusammengefaßt. Daraus ergibt sich, daß im Durchschnitt der letzten zehn Jahre die Gesamtmitte der Dampferflotten einen Prozentatz von 2,06 an Totalverlusten aufzuweisen hatte, die französische 2,36 Prozent, die englische gar 2,44 Prozent, die deutsche dagegen nur den geringen Satz von 1,91 Prozent. Bei den Havarien übertrifft zwar die deutsche Dampferflotte den allgemeinen Durchschnitt und auch die französische; sie hatte 26,1 Prozent, alle Flotten 24,4 Prozent, die französische 23,3; dagegen hatte die englische mit 30,8 Prozent eine viel größere Beteiligung. Der Gesamtstand ist also für die deutsche Dampferflotte, daß man sie um so eher mit der Staatsaufsicht versehen sollte. Ihre gute Bauart würde auch in der Zahl der erlittenen Schäden noch glänzender hervortreten, wenn sie nicht namentlich gegenüber Frankreich, aber auch etwas gegenüber England den Nachtheil hätte, in besonders gefährlichen Meeren zu Hause zu sein.“

Wien, 29. September. Die Kaiserin ist heute Abend 10 Uhr nach Tralehen abgereist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. September. Eine Zuschrift, welche der „Polit. Kor.“ aus Berlin zugeht, dementirt das Gerücht, daß Kaiser Wilhelm in Freiburg eine Zusammenkunft mit dem Zaren haben werde. Kaiser Wilhelm werde sich, wie schon früher gemeldet, zu Schiff direkt von Karlsrona nach Pillau begeben.

Wien, 29. September. Das hiesige „Fremdenblatt“, dessen ausgezeichnete Beziehungen zu den höchsten amtlichen Kreisen bekannt sind, bringt nachträglich sehr interessante Einzelheiten über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms an Bord des Dampfers „Orient“, während der Weltber Tagden und berichtet auch, daß der Kaiser während dieser vier Tage nur drei Zeitungen regelmäßig gelesen habe, nämlich das „Berliner Tageblatt“, das „Wiener Fremdenblatt“ und die „Neue freie Presse“.

In Wien sind neuerdings vier Anarchisten verhaftet. Es ist festgestellt, daß eine Anzahl Anarchisten in den letzten Tagen sich der Verhaftung durch die Furcht entzogen hat. Ihre Verfolgung ist eingeleitet.

Zusbruck, 29. September. Der Kaiser empfing im Laufe des Vormittags zahlreiche Deputationen von Städten und Landgemeinden Tirols und Vorarlbergs, u. a. nahm der Kaiser von der Deputation der Städte Trient, Rovereto, Arco, Ala und Riva eine Denkschrift entgegen, in denen die Wünsche betreffend die italienischen Landestheile ausgesprochen werden. Nachmittags begab sich der Kaiser nach Siz. Abends fand ein Soldaten fest, zu welchem auch die anlässlich der silbernen Hochzeit des Herzogs und der Herzogin von Monaco hier versammelten Mitglieder des Hauses von Orleans, sowie Prinz Alphonse von Bayern eingeladen hatten.

Frankreich.

Paris, 28. September. Die Pariser gemäßigten und die radikalen Organe streiten sich über die Frage, ob eine Veränderung des gegenwärtigen Ministeriums noch vor dem Zusammentritt der Kammer oder erst nach einer politischen Debatte in der neuen Kammer stattfinden solle. Die Radikalen möchten das Letztere, weil sie sich einbilden, es könne ihnen gelingen, die Majorität

der Kammer zur Annahme ihres Programms zu bewegen, während die Opportunisten dies zwar nicht befechteten, aber die Ansichten, daß der Präsident der Republik nicht umhin könne, dem entschiedenen Verdict des allgemeinen Stimmrechtes Rechnung zu tragen und das gegenwärtige Kabinet, welches verschiedene radikale Mitglieder enthält, durch ein homogenes republikanisches Ministerium zu ersetzen.

Es sind hauptsächlich der Finanzminister Peytral, der Ackerbauminister Biette und der Bauminister Terrier, deren Entfernung aus dem Kabinet von den Opportunisten verlangt wird, es ist aber gleichzeitig ersichtlich, daß auch der Konseil-Präsident Dupuy unter den voraussichtlichen Führern der neuen Majorität zahlreiche Gegner zählt, welche nicht billigen würden, wenn Herr Carnot beschließen sollte, Herrn Dupuy mit der Neubildung eines homogenen Kabinetts zu betraugen, so daß das Zustandekommen desselben großen Schwierigkeiten begegnen würde. Andererseits hat sich aber ersichtlich das freundschaftliche Verhältnis, welches Herrn Carnot und Herrn Dupuy verbindet, noch intimer gestaltet, seitdem der letztere als Konseilpräsident die Geschäfte leitet; und wenn es demselben gelingen sollte, die im Norden des Landes ausgebrochene Arbeiter-Bewegung einzubannen und ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln den Streik der Bergleute zu Ende zu bringen, und wenn sich sodann nach Beilegung der bisherigen unangenehmen Schwierigkeiten der russische Besatz glatt abwickeln und zu einer durch keinerlei kompromittierende Zwischenfälle getrübbten Kundgebung der französisch-russischen Allianz gestalten sollte, würde zweifellos die persönliche Stellung des Herrn Carnot so sehr befestigt werden, daß Herr Carnot nicht gezwungen sein würde, denselben durch eine andere politische Persönlichkeit zu ersetzen.

Von Zeit zu Zeit werden in der hauptstädtischen Presse Beschwerden über die angeblich zahlreichen fremden Priester laut, welche im Pfarrklerus von Paris beschäftigt seien. Erst dieser Tage war in einem Blatte wieder davon die Rede, wobei behauptet wurde, daß ein Theil dieser Geistlichen sich mehr mit Spionage, als mit kirchlichen Angelegenheiten beschäftigte. Nach Erkundigungen, die der „Temps“ bei der erzbischöflichen Behörde eingezogen, sind die fraglichen Priester fast alle Polen; die vermeintlichen Italiener, welche man darunter vermutete, seien Korven. Weiter schreibt der „Temps“, auf der Kultusdirektion des Ministeriums habe man kategorisch erklärt, wenn vor 1887 in den östlichen Departements eine Anzahl deutscher Geistlicher staatlich besetzte Funktionen habe ausüben und unter dem Deckmantel des Priesters amts „in einem gewissen Umfange“ Spionage betreiben können, so sei es durch das Gesetz von 1887 abgestellt worden. Den Kirchenbehörden sei freilich anheimgestellt, fremde Geistliche zu verwenden; dies geschehe aber nur in geringerem Maße. Was die angebliche Spionage von Geistlichen in Paris anbelange, so scheine dieselbe eine einfache Legende zu sein, die von Unzufriedenen ausgenutzt werde. Also „Lieb Vaterland magst ruhig sein.“

Wie bereits mitgeteilt, ist der Versuch, zwischen den Bergverwerkschaften und den ausländischen Bergarbeitern eine schiedsrichterliche Vermittelung herbeizuführen, gescheitert. Eine derartige Vermittelung wird in der That sehr problematisch, wenn die Streitfragen nicht örtlicher, beschränkter Natur sind, sondern Tausende von Arbeitern und zahlreiche Gesellschaften betreffen. In dieser richtigen Erkenntnis hatte man daher auch verurteilt, den Streit gewissenmaßen zu zerlegen. Der einzelne Friedensrichter sollte mit den Arbeitgeber und Arbeitnehmern lediglich seines Bezirks verhandeln. Aber die Arbeiter, die Zerstückelung ihrer vereinten Kräfte fürchtend, gingen darauf nicht ein, sondern verlangten, daß ihre Vertrauensmänner mit den Delegirten sämtlicher Gesellschaften verhandeln sollten. Immerhin waren sie klug genug, die Vermittelung des Friedensrichters nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, wiewohl ihre vorerwähnte Forderung praktisch einer Weigerung gleichkommt.

Paris, 29. September. Das heute bekannt gegebene offizielle Programm der Russen seitte bekräftigt nur die früheren Wiedlungen. Die Abreise von Toulon erfolgt am 28. Oktober. Carnot bezieht sich nicht nach Toulon. Der „Gil Blas“ meint, die Reiseabsichten des Präsidenten seien von den Plänen des in Frankreich befindlichen Großfürsten Alexis abhängig gemacht worden. Das Festprogramm umfaßt für die russischen Offiziere nicht weniger als fünf Festessen, zehn feierliche Frühstücke, ein Souper, ein Bankett, zwei Gala-Theatervorstellungen, vier Bälle, fünf Empfänge. Die Zeit erscheint daher trotz der Erreichungen im ersten Programmentwurf genügend ausgefüllt zu sein.

Die „Agence Havas“ dementirt die Nachricht der „Libre Parole“ von einem italienischen gegen Carnot gerichteten Komplott.

Die Große Oper wird nach den Aufführungen der „Wallüre“ als nächstes Werk von Wagner „Tristan und Isolde“ einführen.

Großbritannien und Irland.

London, 27. September. Der Kaiser von Oesterreich hat durch den Herzog von Connaught die Anfrage an die Königin richten lassen, ob ihr der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand gegen sein Verwehren, da dieser im nächsten Monat auf seiner Reise um die Welt auch England zu berühren und der Königin seinen Dank für die ihm in Indien zuteil gewordene Gastfreundschaft auszusprechen gedenke. Der Erzherzog wird demnach die Königin in Balmoral und den Prinzen von Wales in London besuchen. Bei dieser Gelegenheit wird ihm die Königin das Großkreuz des Bathordens verleihen.

Die Wählerkreise gegen die Ernennung des Herzogs von Connaught zum Oberbefehlshaber in Abergort haben soeben im Manchester Guardian ein hartes Wort erhalten. Was dort von dessen Reichthum berichtet wurde, die Rolle behauptet wird, welche die Königin ihren Sohn bei Tevel-Reise habe spielen lassen, klingt ganz unglücklich. Es heißt darin, der Herzog habe sich mit der Gardebrigade in der Angriffslinie befunden, als eine Depesche aus Abergort eintraf, welche anbefahl, daß der Herzog seiner Gefahr ausgesetzt werden solle. In Folge dessen habe der Herzog mit seiner Brigade abziehen und seinen Platz im Vordertreffen der Marinebrigade überlassen müssen.

Rußland.

Moskau, 29. September. Der General-

Annahme von Inzeraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Gouverneur Großfürst Sergei hat sich mit seiner Gemahlin zum Besuche der Königin von England nach Schottland begeben.

Cholera-Nachrichten.

In Altona wurde bei einem am Donnerstag in der Nähe von Blankenese im Gebüsch aufgefundenen Manne, der ins Krankenhaus gebracht wurde, Cholera festgestellt. Eine wegen cholera-artiger Krankheitserscheinungen ins Krankenhaus geschaffte Wärterin ist in der vergangenen Nacht an Cholera gestorben.

In Kiel ist eine aus Hamburg, in Geseffmünde eine aus Plessee zugereiste Person erkrankt. Hamburg, 29. September. Ein schwedischer von Rügen ziehender Hamburger Dampfer mußte wieder nach dort zurückkehren, weil an Bord zwei Heizer an Cholera erkrankt und gestorben. Sechs ebenfalls an Cholera erkrankte Matrosen mußten nach der Cholerastation transportiert werden. Der Dampfer muß fünf Tage in Quarantäne verbleiben und wird alsdann nach Hamburg zurückgehen um seine Ladung einem anderen Dampfer zu übergeben.

Rom, 29. September. In den letzten 24 Stunden sind in Livorno 10 Erkrankungen an Cholera und 3 Todesfälle vorgekommen, in Patimarina, Provinz Messina, 5 Erkrankungen und 3 Todesfälle und in Palermo 2 Erkrankungen und 10 Todesfälle. In letzterer Stadt sind seit Ausbruch der Cholera 363 Personen erkrankt und 194 gestorben.

Stockholm, 29. September. Das hiesige Kommerzkollegium hat Abt mit Umgegend von heute ab für cholerafrei erklärt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. September. Mit den am 1. April 1893 in Kraft tretenden Steuererlassen treten auch die Ergebnisse der zur Zeit im Gange befindlichen Neuveranlagung der Gebäudesteuer in Kraft. Diese Neuveranlagung der Gebäudesteuer erfolgt von 15 zu 15 Jahren, sie hat zum ersten Male 1880 stattgefunden und hat entsprechend dem inzwischen eingetretenen Steigen des Werthwerthes der Gebäude den Ertrag derselben erheblich erhöht. Die jetzt im Gange befindliche Veranlagung stellt eine Erhöhung des Gesamtertrages der Gebäudesteuer um etwa 3 Millionen in Aussicht, welcher Betrag künftig in willkürlicher Weise der Staatskassa, sondern den Gemeinden zu Gute kommt.

Der Landes-Bau- und Bettag wird bekanntlich in diesem Jahre zum ersten Male am Mittwoch vor dem letzten Sonntag des Jahres, 22. November, begangen. Die Geistlichen sind aufgefordert worden, an den beiden vorhergehenden Sonntagen auf diese Feier hinzuweisen und die Gemeinde zu einer allseitigen Beteiligung einzuladen. Den Gottesdienst selbst anlangend hat der evangelische Oberkirchenrath bestimmt, daß an dem diesjährigen Festtage in allen Kirchen seines Umkreises bei den Haupt- und Nebengottesdiensten die Gemeinden zur thätigen Mitarbeit an der Ueberwindung der sozialen Wirren ermahnt werden und um die Milderung des durch die Entfremdung der Stände unter einander gestörten inneren Friedens gebeten werden soll.

Die königliche Generalkommission für die Provinz Brandenburg und Pommern erläßt folgende Bekanntmachung: Bei der Ausführung des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentenzukütern, sind Unzutruglichkeiten dadurch entstanden, daß die Rentenzukütern ohne unsere Genehmigung die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in Angriff genommen haben, wie weiter mit dem Ertrage der Rentenzukütern (andere noch mit dem Vermögen der Ansiedler in richtigen Verhältnisse standen. Wir sehen deshalb genöthigt, darauf hinzuweisen, daß durch ein solches Verfahren die Beteiligten sich der Gefahr aussetzen, das ganze Unternehmen scheitern zu sehen. Denn wenn wir nachher die Ueberzeugung gewinnen, daß die Ansiedler zu teuer gebaut haben und daß dadurch ihr Fortkommen in Zweifel gestellt ist, so müssen wir die Verwilligung von Baubereitungen und damit überhaupt unsere Vermittelung bei der Begründung des Rentenguts ablehnen. Die Beteiligten werden deshalb aufgefordert, die Baueingriffe mit Kostenanschlägen rechtzeitig an den Sachkommissar zur Prüfung einzureichen. Insbesondere werden Baunehmungen und Baugewerke in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, keinen Bau auf Rentengütern zu beginnen, ehe ihnen nicht nachgewiesen wird, daß der Kostenanschlag von uns genehmigt ist.

Der Unterrichtsminister hat über die Einführung der mittelpreußischen Zeit in ihrer Einwirkung auf den Unterrichtsbetrieb der höheren Schulen in einem Rundschreiben an die Schulkollegien der Provinzen folgende Gesichtspunkte aufgestellt: Zunächst sei der Vorschlag eines Kollegiums, den Unterricht der höheren Schulen ganz und gar auf den Vormittag zu verlegen, unausführbar. Thunlichst zu vermeiden ist jeder Beginn oder Schluß des Unterrichts, der nicht mit einer ganzen oder halben Stunde der jetzigen Zeiteinteilung zusammenfällt. Es sei ferner darauf zu sorgen, daß die beiden Stunden, die nach den bestehenden Bestimmungen für den Konfirmanten- oder den Konfirmationsunterricht frei zu lassen sind, nicht veräußert werden. Nothwendig ist, daß alle Schulen an einem und demselben Orte dieselbe Zeit wegnähmen für den Beginn des Unterrichts ansetzen, und, soweit ihre Unterrichtsrichtung es zuläßt, auch zu derselben Zeit ihn schließen. Die Provinzialschulkollegien sind angewiesen worden, sich dieserhalb mit den Regierungen zu verständigen. Eine solche Verständigung ist vor allem an denjenigen Orten nöthig, wo Schüler oder Schullehrerinnen von auswärts sich der Eisenbahn bedienen müssen, um nach dem Schultag zu gelangen.

Für die bevorstehenden Landtagswahlen sind zu Wahlkommissarien im Regierungsbezirk Stettin ernannt: 1. Wahlbezirk (Kreis Demmin, Anklam, Ulfenow-Wollin und Uckermark): Landrath v. Heyden zu Demmin; 2. Wahlbezirk (Kreis Randow-Greifenhagen): Landrath v. Beyer zu Greifenhagen; 3. Wahlbezirk (Stadt Stettin): Oberbürgermeister Faten; 4. Wahlbezirk (Kreis Prignitz und Saargau): Landrath Graf v. Schlieffen zu

Pyritz; 5. Wahlbezirk (Kreis Ranzburg und Regenswalde); Landrath v. Bismarck zu Ranzburg; 6. Wahlbezirk (Kreis Greifenberg und Raminin); Landrath v. Woeckle zu Greifenberg.

Für die bevorstehende Wahl zum Abgeordnetenhaus sollen im Kreis Pyritz-Saagitz Herr v. Schöningh-Librow A., der bisherige Vertreter des Wahlkreises, und Herr Oberst A. v. Rabe zu Groß-Silber im Saagitzer Kreise, in Stelle des Herrn v. Schmidt-Dirschfeld, der eine Wiederwahl abgelehnt hat, als Kandidaten vorgeschlagen werden.

Der Regierungsrath Wegel ist von der königlichen Regierung zu Breslau an die königliche Regierung zu Stettin versetzt worden.

In der evangelischen Kirche Pommerns sind folgende Stellen zu besetzen: Liebenow, D. Bohn, kgl. Pat. mit 2 K., durch Amtsniederlegung, erled., Eink. 6111 M. u. 1 K., Bewerber sind an die kgl. Hofkammer der kgl. Familienämter in Berlin zu richten. — Medow, D. Bohn, kgl. Pat. mit 2 K. und 3 Kap., wird zum 1. Oktober d. J. durch Verfall erled., Wiederbesetzung durch Wahl der vereint. Gem.-Organe, Eink. 2855 M. u. 1 K., die Wahl hat bereits stattgefunden. — Stolp, Pfarrst. an der ex-reform. Gem., kgl. Pat., wird 31. Oktober d. J. durch Verfall erled., Eink. 2302 M. u. 1 K., Wahl der vereint. Gem.-Organe, Bewerber sind durch das Konsistorium an das Presbyterium der ex-reform. Gemeinde in Stolp zu richten. — Anklam, Pfarrstelle an St. Nikola, durch Todesfall erled., und zum 1. April 1894 wieder zu bes., Eink. 4540 M. u. 1 K., Bewerber ist der Magistrat das. — Rastow, kgl. Pat., verb. mit der Superint. der gleichnam. Synode, durch Todesfall erled., und zum Ablauf des Gnadenjahres am 1. Juli 1894 wieder zu bes., Einkommen 6178 M. u. 1 K., Bewerber, wovon die Wittwen-Octave zu entrichten ist, Bewerber sind an das Konsist. zu richten. — Hohen-Schönau, D. Gollnow, kgl. Pat. mit 3 K., durch Tod erled., und zum 1. Juli t. J. wieder zu bes., Eink. 2200 M. und 1 K. Wohn., Bewerber sind an das Konsist. zu richten. — Döbelow, D. Anklam, kgl. Pat., 2 K., durch Todesfall erled., und zum 1. Okt. t. J. wieder zu bes., Eink. 4328 M. und 1 K. Wohn.

Nichttrauer-Konpces auch nur mit einer in der Hand gehaltenen brennenden Cigarre zu betreten, ist nach mehreren vom Berliner Verwaltungsamt in letzter Zeit ergangenen Erkenntnissen strafbar.

Die Beleuchtung der Treppen und Flure hat im Monat Oktober um 6 Uhr Abends zu beginnen und bis mindestens 10 Uhr Abends zu dauern.

Der gestern unter choleraverdächtigen Umständen in das Krankenhaus eingelieferte Arbeiter Mai, Rosenkranz 29 wohnhaft, ist dahier verstorben. Die bakteriologische Untersuchung hat ergeben, daß derselbe asiatische Cholera gehabt.

Heute Morgen gegen 5 1/2 Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch eine heftige Detonation aus dem Schlafe geschreckt. Derselbe hatte ihre Ursache in einer von den Pionieren gelegentlich einer Nachübung auf dem Übungsplatz bei Wendorf ausgeführten Sprengung.

Im Wartesaal erster Klasse des hiesigen Personenbahnhofs wurde gestern Nachmittag ein Student aus Greifswald der Paletto gestohlen.

Die Bureau-Sprechstunden der Revier-Polizeikommissionen finden in den Wintermonaten vom 1. Oktober bis 31. März an Werktagen Vormittags von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt, für die Nachmittage bleibt die Sprechstunde von 3 bis 4 Uhr bestehen.

Vor dem Schwurgericht stand heute die unvereitelte Dienstadt Mathilde Karoline Heitmann aus Wollin wegen vorläufiger Brandstiftung. Die Angeklagte ist außer wegen Diebstahls, Vettelns und Landstreichens auch wegen Brandstiftung mit 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Nach Verlesung dieser Urtheile kam die A. auf das Gut Wartow bei Wollin, von dort entließ sie jedoch nach kurzer Zeit im Sommer d. J., angeblich, weil ihr von dem übrigen Gefinde beständig vorgeworfen worden sei, daß sie „geheißt“ habe. Am 1. Juni Vormittags hatte sich die Angeklagte auf dem Galgenberge bei Wollin hinter Rohrbäumen niedergelegt und dort kam ihr der Gedanke, einen dieser Häuser anzuzünden, damit sie nicht in den Dienst zurückbrauche. Das Feuer griff rasch um sich und vernichtete 48 Schod Holz im Werthe von etwa 200 Mark. Die Angeklagte beugnete sich, nachdem ihr die früheren Aussagen vorgehalten worden, zu einem Geständniß und sprach die Geschworenen das Schuldig ohne Zubilligung mildernder Umstände aus. Demgemäß lautete das Urtheil auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

In den Zentralkassen tritt am morgigen Sonntag ein gänzlich neues Ensemble auf, worunter sich hervorragende Spezialitäten befinden. Von dem bisherigen Personal bleibt nur noch das beliebte Duettistenpaar Stephanie und Behrens dem Repertoire erhalten, ferner wird das Lustspielballet „Die Favoritin“ mit Frä. Adeline Genée in der Titelpartie auch fernerhin noch aufgeführt werden, da dasselbe fortgesetzt lebhaften Beifall findet.

Der Privat-Armen-Verein zu Grabow a. D. veranstaltet am 20. Oktober im großen Saale des Konzerthauses ein Konzert und verbindet mit demselben die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. Es ist ihm gelungen, zu dem Konzerte hervorragende musikalische Kräfte zu gewinnen und kann dasselbe daher sowohl um des zu erwartenden Kunstgenusses, als auch des guten Zweckes willen einer recht regen Theilnahme bestens empfohlen werden.

Ad. (Revolte.) Hans Veltz, von Profession ein Krieger, sonst aber ein Mann, der Haare auf den Zähnen hatte, war seit Jahren schon ein Wähler in der Bürgerschaft Stettins gewesen. Die Ernte des Jahres 1896 war in Pommern reich ausgefallen, und die Kornhändler Stettins benutzten diesen Umstand, um im Jahre 1897 Getreide ins Ausland zu verkaufen. Der Scheffel Roggen galt damals 2 Gulden. Dieser Preis sei ein „unerhört hoher“, meinte die Bürgerschaft an der Spitze des Kriegers Hans Veltz, welcher es verstand, die arbeitende Volksklasse und einen Theil der Bürger gegen den Rath der Stadt und die Kornhändler aufzubringen. Er beleidigte und beschimpfte auf ihrem Kirchwege den Rath, insonders die Schöppen und Richter in grober Weise; man gab diesen Herren Schutz an der Thürung und verlangte drohend die Hinderung der Kornausfuhr. Der Rath verklagte den herzoglichen Hof-Krieger; dennoch blieb er, weil man seinen Umgang fürchtete, unbestraft. Sein Trog wuchs, und ein öffentliches, bewaffnetes Aufstand drohte. Als demnachschärfte die Korn-Vertheilung anfang, wieselte dieser „Veltz“ mit seinen Hottgesellen die unwissenden Leute der Stadt auf. Felsenhäuser, mit Waffen, Äxten, Senfen und Beilen versehen, sammelten sich auf den Straßen. Veltz drohte den Rath, der auf das fürstliche Schloß eilte, mit blutiger Gewaltthat. Die herzoglichen Räte befehlten das aufgeregte Volk dahin, daß die Thronung nicht in

Folge der Ausfuhr da sei, sondern eine „göttliche Strafe“ wäre, und die Bürgerschaft solle reichlich mit Brodlohn versorgt werden. Vergebens! Es wurde weiter getobt, bis es am 4. April 1897 dem von einer Reihe zurückgekehrten Herzog Johann Friedrich gelang, auf einige Wochen die Ruhe äußerlich wieder herzustellen. Hans Veltz aber fuhr mit geheimen Wühlereien fort und versuchte nochmals darauf mit seinen Mitverschworenen, die sich Mafkontenten nannten, öffentlich einen Druck auszuüben. Er war so frech, am Charfreitage seine Anhänger in der St. Gertrudkirche zu versammeln, wo er den Rüstler dort zwang, statt der Passiven einen „Aufmarsch zur Empörung“ vorzunehmen. Ehe der Rebellenhäuf sich jedoch vergrößern konnte, drangen die derben Schiffer in die Kirche und trieben die gottlose Versammlung auseinander. Dem Einflusse des herbeigeeilten Herzogs gelang es, der Unruhe, die leicht hätte blutig werden können, zu steuern, und Veltz erlitt seine gerechte Strafe. (Nach Friedeborn II und Cramer III erzählt.)

Der Vorstand des 5. Kreisbezirks hier selbst hat in geheimer Sitzung beschlossen, zum Festen des Kaisers Wilhelm-Donkmals aus dem Kaffhäuser auch im künftigen Jahre am 18. Januar eine größere Konzertfeier zu veranstalten.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch Nachmittag auf dem Dammischen See, der „Altdammer Landbote“ berichtet darüber: Der Eigentümer H. Dittmann, die beiden Neffen desselben und der Arbeiter Albert Wagner, alle aus Hornsberg, wollten am Nachmittage des genannten Tages in einem kleinen Boote von einer Stettiner Wiese über den Dammischen See hierher nach der königlichen Abgabe segeln. Dittmann hatte vorgeschlagen, bei dem Sturm lieber zu rufen, da das Segeln unsicher sei, der p. Wagner dagegen bestand darauf zu segeln und ganz unglücklicher Weise auch das Segel fest, in Folge dessen schlug das Boot umweit der königlichen Abgabe um, und versank die vier Anwesenden auf dem Kiel des gekenterten Bootes zu retten, doch dasselbe vermochte nicht alle zu tragen und ging von Neuem unter, dabei mußten wohl die beiden älteren Väter unter das Boot gekommen sein, denn sie wurden nicht wieder gesehen und war es nur den beiden Jüngeren, Söhne einer Ww. Dittmann, möglich, abermals auf den Kiel des Bootes zu gelangen. Hier hätten die Väter jedoch ebenfalls umkommen müssen, wenn nicht der Schiffer August Barz und dessen Sohn, welche mit einem Kahn bei halb bewußtlosen Menschen gehört und die lebensgefährliche Fahrt zu ihnen hin gewagt hätten. Mit größter Lebensgefahr und Aufopferung gelang es endlich den Schiffen, die Unglücksstelle zu erreichen und mit vieler Anstrengung, die inzwischen völlig bewußtlos gewordenen Menschen in ihr eigenes kleines Boot zu schaffen und trotz Sturm und Regen mit der nur für ihr winziges Boot zu groß gewordenen Last an das Ufer zu kommen. Die Schiffer ließen es nun des guten Werks noch nicht genug sein, sondern brachten die jungen Leute in die Kajüte ihres Kahnes, belebten und erwärmten sie, trockneten ihre Kleider und beherbergten sie auch noch über Nacht, ihnen Speise und Trank sendend. Der p. Dittmann und Wagner sind noch nicht genummen, ersterer ist Wittwer und hinterläßt eine 75 Jahre alte Mutter, letzterer hingegen läßt eine Frau und 3 Kinder zurück.

Aus den Provinzen.

Pyritz, 29. September. Auf dem Rittergut Schellin, Herrn C. Wenhausen-Königsweg gehörig, brach Mittwoch Abend 11 Uhr Feuer aus, welches zwei vollgefüllte Scheunen in Asche legte. Es wird Brandstiftung vermutet.

Neustettin, 29. September. Ueber das Vermögen des Kaufmanns S. M. Berend hier selbst, ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann R. Herberg hier selbst. Anmeldefrist 30. Oktober.

Stolz, 29. September. Heute morgen um 6 Uhr ist der 24jährige Arbeiter Ludwig Langsch aus Weich, welcher am 21. Januar d. J. seinen Mitarbeiter Franz Polzer aus Alt-Karwen in der Nähe dieses Ortes ermordete und beraubte, vom Schwurgericht Mecklenburg mit dem Tod zum Tode verurtheilt worden. Dem Verurtheilten war als geistlicher Beistand Herr Pastor Bartelt aus der Altstadt zugeholfen worden. Er zeigte sich im Anfang seiner Haft zwar verstockt, so daß er nicht einmal seine Eltern sehen wollte, auch die Verkündigung des Todesurtheils nahm er noch gestern Abend mit einem Lächeln entgegen, doch wurde er, je näher die Exekutionstage rückte, immer in sich gefehrt und einsilbiger, und gab zuletzt fast gar keine Antwort mehr. Seine unselige That räumte er zwar ein, doch ließ er sich nicht mehr des Näheren darüber aus. Sein geistlicher Zustand war zuletzt derart, daß ihm das Abendmahl nicht mehr gereicht werden konnte. Einen Wunsch äußerte er auf Befragen nicht, doch nahm er einige Erfrischungen in der letzten Nacht zu sich und rauchte einige Zigarren. Das Glücksel von dem Gefängnisse verdrängte heute morgen Punkt 6 Uhr, daß der Gerechtigkeits Genüge gethan war. Die Zugänge zu dem Richtplatz waren durch Militär abgesperrt worden. Herr Reindel, welcher sich seines Amtes im schwarzen Frack entledigte, ist heute mit dem Vormittagszuge schon wieder nach Magdeburg gereist.

Lauenburg, 29. September. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat die Forderung der königlichen Regierung auf Erhöhung der Lehrergehälter wiederholt abgelehnt. Dagegen hat die Regierung auf Antrag des Provinzial-Schulkollegiums zur Erhöhung der Lehrergehälter am Programmium einen förmlichen Zusatz von 5800 Mark auf drei Jahre vom 1. April d. J. ab bewilligt.

Tempelburg, 29. September. Gestern Abend 7 1/2 Uhr fand im hiesigen Rathhause eine Stadtverordnetensitzung statt und stand u. A. auch einmal wieder die Krankenhausangelegenheit zur Beratung. Schon seit Jahren hat diese Sache hier viel Staub aufgewirbelt und sehr viel Unfrieden gestiftet. Jahre hindurch frist man sich um den Platz, auf welchem das Krankenhaus, zu dessen Errichtung, ein früherer Bürger unserer Stadt, der in Berlin verlebte Kaufmann C. H. Schütz, durch Cobicill 100000 Mark vermacht, erbaut werden sollte. Nachdem diese Frage endlich aus der Welt geschafft, hat der Magistrat auf dem, an der Dr.-Kroner Chaussee, aus Mitteln der Stadt erkauften Bauplatz einen Brummen hergerichtet, auch eine Mauerwerkmauer errichtet und anfangen lassen, Bauböcher und Balken schneiden und in Stapeln stellen lassen und dann erst später eine Zeichnung und Kostenanschlag beschafft, wofür 500 Mark verausgabt worden, insofern nicht Verwendung finden soll, ohne die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung einzuholen. Der Magistrat nimmt auch für sich das Recht allein in Anspruch, ohne die Stadtverordneten zu handeln. Auf Grund der Stadtordnung und mit Rücksicht darauf, daß die Stadt den Platz, die Feldsteine und das Bauholz zu dem Institut bezieht, nimmt die Versammlung für sich das Recht in Anspruch,

über diese Angelegenheit zu beschließen, wie auch die Verwaltung kontrollieren, und von der Ausführung der Beschlässe und Verwendung der Gemeindegeld-Einnahmen sich Ueberzeugung zu verschaffen und letzte Beschlüsse beim Bezirksausschuß ein. Da nicht im Sinne der Versammlung entschieden, wurde gestern beschloffen, weitere Beschlüsse an den Provinzialrath einzulegen. Obwohl nun der Magistrat für sich allein das Bestimmungsrecht beansprucht, so legte er der Versammlung demnach gestern die Verpachtungsverhandlungen — nachdem er einen Theil des angekauften Bauplatzes verpachtet — zur Zuschlagserteilung vor, welche die Versammlung indes einseitig verweigerte, da sie annahm, daß wenn sie nicht berechtigt zu bestimmen, auch sie bis dahin eine Zuschlagserteilung in dieser Sache für überflüssig halten mußte. Unter dem Vorbehalt des Herrn kgl. Regierungsrath Krenz-Göhl wurde auch der Rathen der Kommission gewählt, welche den Bau des Krankenhauses beaufsichtigen sollte, auch diese Kommission ist bisher nicht zugezogen. Selbst auf die Einlegung eines von mehreren Mitgliedern unterzeichneten Protestes ist Nachricht nicht erfolgt, und wäre es zu wünschen, daß einmal die Sache geklärt und endlich dem Willen des Testators gemäß, ein Krankenhaus zum Segen der leidenden Menschheit erbaut und vollendet würde.

Kunst und Literatur.

Hübners geographisch-statistische Tabellen, Ausgabe 1893. Herausgegeben von Prof. v. Surawski, ist eben erschienen bei Heinrich Kessel in Frankfurt a. M.

Der Ruf, den Hübners „Statistische Tabellen“ seit so vielen Jahren genießen, überhebt uns wohl einer näheren Angabe ihres Inhalts, sowie einer weiteren Empfehlung, nur leben wir die schöne Ausstattung und den größeren und deutlicheren Druck, welchen die Buchausgabe seit vorigem Jahre erhalten hat, ganz besonders hervor. Preis der elegant gebundenen Ausgabe M. 1,20, der Wandtafel-Ausgabe 60 Pf.

Die Zoll- und Handelsverträge des deutschen Reiches mit europäischen Staaten. Billige Volks- und Kommtausgabe. Göttingen. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung 1893. 386 Seiten. Preis gebunden M. 3,50.

Der Zweck der „Sammlung des handelspolitischen Vertragsmaterials“ ist es, den deutschen Fabrikanten, Exporteuren und Importeuren, wie auch den kleinen Kaufmann und Gewerbetreibenden in die Lage zu versetzen, die Bedingungen genau zu kennen, unter denen er sich, wenn auch mit bescheidenen Mitteln, am großen internationalen Wettbewerbe mit Vortheil zu betheiligen vermag. Die Dieterichsche Sammlung bietet zu diesem Zwecke gezielte Orientierung, Detailübersicht des bestehenden Rechts, genaue Wiedergabe des Vertragstextes und der vertragsmäßigen Zolltarife. Der billige Preis und die durchweg praktische, höchst übersichtliche Darstellung empfiehlt das Buch jedem deutschen Gewerbsmann. [173]

Bermischte Nachrichten.

Unter dem Titel „Der neuzierliche Tod“ berichtet man dem „N. Wiener Ztbl.“ die folgende wunderbare Geschichte: „Der im Hause Nr. 3 der Bodmanigasse wohnhafte Sattler Karl Vohogly wurde vor zwei Wochen vermißt. Einige Tage später zog man einen Leichnam aus der Donau, welchen man als denjenigen des Vohogly agnoszirte. Für Sonntag Nachmittags wurde das Leichenbegängniß anberaumt. Der Leichnam ruhte in einem schönen Sarge, auf welchem der Name „Karl Vohogly“ in goldenen Lettern prangte, und es kam eine große Anzahl von Bekannten des verstorbenen Sattlers, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Viele Blumenkränze zierten den Sarg mit der Aufschrift: „Karl Vohogly — lebe wohl!“ Deputationen einiger Dumasitzvereine, deren Mitglied Vohogly war, waren mit den Vereinskassen erschienen und sogar die Mitglieder eines Veteranenvereins waren mit der Musikkapelle in voller Parade ausgerückt. Die Trauerfeier war zu Ende, die Veteranenmusik rüstete sich zum Abmarsch und wollte die Beethoven'sche Trauermelodie anstimmen, als ein Mitglied jener Tischgesellschaft, zu der auch Vohogly zählte, vortrat und in breiten Worten von dem dahingegangenen Genossen ergreifenden Abschied nahm. Die Rede wirkte auf die Anwesenden umso mehr, als sie an dem Redner eine außerordentliche Ergriffenheit zu bemerken glaubten. Derselbe stotterte nämlich plötzlich in dem Nachruf, sein Gesicht wurde von einer fahlen Wäße überzogen, der Schweiz perlte ihm von seiner Stirne, bis er nach einigen bangen Sekunden den einen Arm erhob und mit dem Zeigefinger nach einer Stelle vor sich hinwies. ... Viele Wände folgten dieser Bewegung und man dachte sich das Erschauen fast Aller, als mitten unter den Anwesenden der Mann bemerkte wurde, den hier jeder betrauerte: Karl Vohogly stand vor ihnen, gesund und unverändert. ... Dem in dem Todten war er irrthümlich erkannt worden. Er war, ohne seine Hausleute zu verständigen, wegen einer Arbeit nach Segedin gereist, in dem Glauben, daß er bald zurückgekehrt sein werde; allein die Sache zog sich in die Länge und er blieb weit über eine Woche aus, worauf denn die arme gute Hausmutter, die er noch immer ohne Nachricht gelassen, sein Verschwinden zur Anzeige brachte! Als er nun Sonntag eintrat, erfuhr er von dem Leichenbegängniß, das man ihm veranstalten wollte, und er wohnte demselben bei, um zu erfahren, wer ihm wohl das letzte Geleit geben werde. ... Die Sache wird übrigens noch am Nachruf vor Gericht haben. Der fremde Leichnam wurde begraben, doch die Bestattungsunternehmung forderte — die Kosten für die unterbrochene Leichenfeier, während zwei Vereine, deren Mitglied Vohogly ist, sich nicht für verpflichtet halten, dieselben zu bezahlen, da Vohogly noch am Leben sei. Dieser himmelsche erklärte sich für unschuldig daran, daß er — noch nicht gestorben!“

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. September.

Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 16 Grad Reaumur. — Barometer 759 Millimeter. — Wind: SW.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm 140,00—142,00, per September-Oktober 143,50 nom., per Oktober-November 143,50 bez., per November-Dezember 145,50 bez., per Dezember —, per April-Mai 154,00—153,50 bez.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm 122,00—124,00, per September-Oktober 123,25 bez., per Oktober-November 123,25 bis 123,50 bez., per November-Dezember 125,50 bis 125,00 bez., per Dezember —, per April-Mai 132,00 B., 131,50 G.

Gerste per 1000 Kilogramm 135,00—145,00, Winter 135,00—160,00.

Hafser per 1000 Kilogramm 155,00 bis 160,00.

Rübsöl ohne Handel.

Spiritus behauptet, per 100 Liter a 100 Prozent 140 bis 142, bez., per September-Oktober 143,50 nom., per September-Oktober 143,50 nom., per November-Dezember 145,50 bez., per Dezember —, per April-Mai 154,00—153,50 bez.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 143,50, Roggen 123,25, 70er Spiritus 31,5.

Ausgemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 138—142. Roggen 122—124. Gerste 140—144. Hafser 160—165. Rübsen —. Heu 3,00—4,00. Stroh 32—34. Kartoffeln 30—33.

Berlin, 30. September.

Weizen per September-Oktober 146,00 bis —, Markt per November-Dezember 149,00 Markt per Mai 1894 159,00 Markt.

Roggen per September-Oktober 125,00 bis 125,50 Markt, per November-Dezember 127,15 Markt, per Mai 1894 135,50 Markt.

Spiritus 140 70er 33,60 Markt, per September 700 32,60 Markt, per November-Dezember 70er 31,80 Markt, per April-Mai 70er 37,70 Markt.

Hafser per September-Oktober 159,25 per Mai 1894 146,50 Markt.

Mais per September-Oktober 108,50 Markt, per November-Dezember 110,75 Markt.

Rübsöl per September-Oktober 48,00 Markt per April-Mai 48,90 Markt.

Petroleum per September 18,40 Markt.

Berlin, 30. September. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,25	Amsterdam kurz	108,65
do. 3 1/2%	99,50	Paris kurz	80,55
Deutsche Reichsbank 3%	88,50	Belgien kurz	80,40
Preuss. Hypothek 3 1/2%	97,10	Bremer Cement-Fabrik	80,50
Italienische Rente	85,50	Neue Dampfer-Gesellschaft	80,50
do. 3 1/2% Oblig.	52,20	(Stettin)	80,00
Ungar. Goldrente	92,75	Stett. Schwanen-Fabrik	119,90
Wien. Anl. amort.	95,90	„Union“, Fabrik-Ges.	197,25
Rente	95,90	„Probita“	133,00
Serbische 5% Tab.-Rente	75,75	„Samb. Hyp.-Bank“	102,60
Schwedische 5% Goldrente	31,60	„1900 auf“	102,60
Niederl. Anl. amort. 4 1/2%	101,50	Anatol. 5%, gar. exp.	57,70
do. 3 1/2% 1880	97,50	„Br. d. d.“	57,70
Argentin. 6% Goldrente	60,40		
Chil. Anl. amort.	101,65		
Russ. Anl. amort. 4 1/2%	112,00		
do. 3 1/2% 1880	112,00		
National-Hyp.-Credit	105,40		
„Geldmarkt“ (100) 4 1/2%	105,40		
do. (110) 4 1/2%	105,40		
do. (100) 4 1/2%	105,40		
„Hyp.-B.“ (100) 4 1/2%	105,40		
V.-V. Emis. 11 1/2%	112,50		
„Samb. Hyp.-Bank“ 107,50	107,50		
Stett. Schwanen-Fabrik 133,50	133,50		
„Union“, Fabrik-Ges. 197,25	197,25		
„Probita“ 133,00	133,00		
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60		
„1900 auf“ 102,60	102,60		
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70		
„Br. d. d.“ 57,70	57,70		
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60		
„1900 auf“ 102,60	102,60		
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70		
„Br. d. d.“ 57,70	57,70		

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse:

Disconto-Commanbit	173,00
Berliner Handels-Gesellschaft	14,00
Deutscher Credit	80,75
„Buna“ 112,75	112,75
„Samb. Hyp.-Bank“ 102,60	102,60
„1900 auf“ 102,60	102,60
„Anatol. 5%, gar. exp.“ 57,70	57,70
„Br. d. d.“ 57,70	57,70

Umsatz-Kourse: